

## Heritage Foundation: „Remember the Gulf: Is the Administration Doing More Harm than Good?”

Juli 2010

15.7.2010

[www.kasusa.org](http://www.kasusa.org)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

Nach 86 Tagen Ölkrise im Golf von Mexiko wurde von Seiten der Heritage Foundation kritisch nachgefragt, was genau durch die Regierung um Obama im Golf getan wurde, um diese nationale Katastrophe schnellstmöglich zu beenden. Dazu äußerten sich John F. Young, Jr., seit 2004 Council Chairman des Jefferson Parish in Louisiana, der darstellte was es bedeutet als lokaler Beamter tagtäglich mit der Krise zu tun zu haben und adäquate Lösungen zu finden. Young kann wohl in der Zwischenzeit als Krisenexperte gelten, da Louisiana seit seinem Amtsantritt unter vier schweren Wirbelstürmen litt und nun mit dem „schlimmsten Disaster in der amerikanischen Geschichte“ fertig werden muss. Kommentiert wurden seine Aussagen durch Jack Spencer, dem Policy Director for the Energy and Environment Initiative und James Carafano, dem Direktor des Sarah Allison Center for Foreign Policy Studies, beides Angehörige der Heritage Foundation.

**Young** begann mit einer kurzen Zusammenfassung der Ereignisse, die am 20. April 2010 mit der Explosion der Bohrinsel und dem Tod von elf Mitarbeitern eingeleitet wurden.

Bereits an dem Krisentreffen Ende April wurde festgestellt, dass die Obama-Regierung keinen allumfassenden Plan vorzuweisen hatte, um die Lage unter Kontrolle zu bekommen und dass zusätzlich der Eindruck entstand, dass BP mit der Situation überfordert wäre. Deshalb schlugen die lokalen Verantwortlichen vor, dass sich BP auf das Schließen der Ölquelle und die Regierung in Washington zusammen mit den lo-

kalen Regierungen auf den Küstenschutz konzentrieren sollte.

Da laut Young von Seiten der Obama-Regierung keine konkreten Vorschläge gemacht wurden, machten sich die Verantwortlichen vor Ort weitere Gedanken und baten die Regierung um die Genehmigung verschiedener von ihnen ausgearbeiteter Pläne. Diese wurden angesichts unterschiedlichster Gründe von der Regierung in Washington abgelehnt. Dies sei laut Young nicht nachvollziehbar, da Präsident Obama selbst im Zusammenhang mit der Krise von einem Krieg gesprochen habe. Young hingegen würde die gegenwärtige Situation eher als Geiseldrama bezeichnen: Man sei Geisel des Öls und einer inkompetenten Bürokratie.

Young betonte weiterhin, dass diese Ölkrise eine das ganze Land betreffende Katastrophe sei, da die Gegend durch ihre Öl- und Gasproduktion sowie durch ihre Fischereiprodukte essenziell für die USA sei. Obama hätte zwar während seines Besuchs im Süden das Richtige gesagt, allerdings würden sich die Aussagen und die anschließend gefolgten Handlungen nicht decken. Es sei somit notwendig, dass Präsident Obama noch einmal den Süden besuchen sollte, um sich dann die Zeit zu nehmen, die komplette Misere zu begutachten, da dies ein nationales Anliegen erfordern würde.

Young schlug ferner vor, dass die lokalen Verantwortlichen die Krise lösen sollten, wenn die Regierung Obamas dazu nicht in der Lage sei. Das zum Küstenschutz benötigte Geld sollte seiner Meinung nach durch

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

ELISABETH WURSTER

Juli 2010

[www.kasusa.org](http://www.kasusa.org)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Louisianas Anteil an der Gewinnbeteiligung am Ölgeschäft bereitgestellt werden.

Neben der ökologischen Krise sprach Young auch das von der Regierung eingesetzte Moratorium an, welches noch verheerendere Auswirkungen nach sich ziehen würde als das Öl selbst. Es sei ein wirtschaftliches Disaster für alle, die direkt und indirekt von den Ölbohrungen vor der Küste abhängig seien. Seiner Meinung nach gäbe es geeignetere Lösungen, wie zum Beispiel eine ständige Überwachung der Einhaltung von Bestimmungen auf den Bohrinself. Problematisch sei das Moratorium vor allem deshalb, weil Bohrinselfbetreiber in andere Regionen der Welt abwandern würden und die USA wieder verstärkt von fremdem Öl abhängig werden könnte.

**Spencer** vertiefte die Problematik, die das Moratorium hervorruft. Er betonte, dass derzeit schon vier Bohrinself verloren gegangen seien und weitere durch das Moratorium gefährdet werden würden. Bis zu 32000 Arbeitsplätze könnten abgebaut werden.

Dies seien lediglich die Auswirkungen für die direkt betroffenen Staaten. Würde das Moratorium zur dauerhaften Beendigung der „off shore“-Bohrungen führen, würde dies die Wirtschaft der gesamten USA beeinträchtigen.

Spencer betont die Gefahren, die ein andauerndes Bohrverbot bringen würde:

- Verstärkte Abhängigkeit von fremdem Öl
- Geringerer individueller und nationaler Reichtum
- Verlust von Fachwissen
- Infrastrukturveränderungen

Nichtsdestotrotz ist laut ihm ein sicheres Bohren zu gewährleisten.

Spencer fordert von der Obama Regierung: „Wait to legislate“. Überstürzte Regelungen seien nicht zielführend. Zuerst müssten die Säuberungsarbeiten fokussiert und anschließend Reformen an bereits existierenden Gesetzen durchgeführt werden. Wichtig sei des Weiteren, dass bestehende Vorschriften durchgesetzt werden müssten, bevor man neue erlassen sollte. Die Ölkrise zur Rechtfertigung zur Erlassung von „cap and trade“-Gesetzen sei darüber hinaus abzulehnen.

Für **Carafano** ist die Ölkrise eine Katastrophe, die durch die Unbeholfenheit der Regierung hervorgerufen wurde. Das derzeitige Problem sei unter anderem, dass die Regierung Obamas ihre Handlungen am „Oil Spill Act“ ausrichte, welcher allerdings nicht für eine Katastrophe gedacht sei, die mehrere Bundesstaaten betrifft. Darüber hinaus betont auch Carafano, dass BPs Möglichkeiten begrenzt wären, da sie wie die Küstenwache für dieses Disaster, nicht richtig ausgerüstet seien.

Dies lässt ihn folgende drei Lösungsvorschläge für die Krise ableiten:

- Schnelle Entscheidungsfindungen durch ein „leadership team“ anstatt langsame Genehmigungsprozesse
- Transparenz, damit die bereitgestellte monetäre Hilfe den Betrieben zugute komme, die es am dringendsten benötigen und die am wichtigsten sind
- Einsetzung eines verantwortlichen „Principal Federal Official“, der bereits durch den Kongress bestätigt wurde und Druck auf Bundesbehörden ausüben kann